frauen
/ruhr/
geschichte

Johanna Melzer

Johanna „Hanna“ Melzer gehörte dem kommunistischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus an. Ihre Politisierung wurzelte in einem tiefen Gerechtigkeitssinn und in der Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben mit Arbeit und Brot. Die Hagener Staatsrechtlerin Li Fischer-Eckert kam 1913 in ihrer beispielhaften Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Stellung der Frauen im Industrierevier zu dem Schluss: „Überhaupt trat mir das Bedürfnis nach Gerechtigkeit in auffälliger Weise häufig entgegen. Die Leute haben ein Gefühl der durch keine höhere Notwendigkeit gerechtfertigten Zurücksetzung und Benachteiligung ihres Daseins, das sie, glaube ich, viel tiefer quält, als das Hungerleiden, als die materielle Not.“

Johanna Melzer kam der Arbeit wegen mit der Familie von Schlesien ins Ruhrgebiet. Sie besuchte die Volksschule in Rünthe und die Handelsschule in Hamm, ihre Arbeitsstelle auf dem Gemeindeamt in Hamm musste sie für einen Kriegsinvaliden räumen. Die Erfahrungen beim Generalstreik gegen den Kapp-Putsch und in den darauf folgenden März-Aufständen führten sie 1924 in die Kommunistische Partei Deutschland (KPD). Gleich nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 wurde sie ein halbes Jahr in der Dortmunder Steinwache inhaftiert und gefoltert, doch nach ihrer Freilassung nahm sie die illegale Tätigkeit für die KPD sofort wieder auf. Am 1. März 1935 wurde Hanna Melzer in Hamm zu 15 Jahren Zuchthaus wegen „Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens“ verurteilt. Amerikanische Truppen befreiten sie 1945.

Schon am 20. Januar 1946 arbeitete Johanna Melzer wieder aktiv in der KPD. Nach der Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen wurde sie sowohl Mitglied des ersten, von der britischen Militärverwaltung berufenen Landtags, als auch der ersten, demokratisch gewählten politischen Vertretung im Land. Sie setzte sich hier vor allem gegen Militarisierung und für die Interessen der Frauen ein: *Wenn wir in den Betrieben und in den Büros die gleiche Arbeit leisten, dann ist es ungerecht, uns mit einem Bruchteil des Männerlohnes entschädigen zu wollen. Gleiches Recht für gleiche Arbeit muß endlich Wirklichkeit werden.*

1947 brachte sie für die KPD-Fraktion im Landtag den Gesetzesentwurf für einen bezahlten Hausarbeitstag ein. Die Forderungen nach einem Hausarbeitstag für beschäftigte Frauen fußten auf Denktraditionen, die bis in die kaiserzeitliche Arbeitsschutzpolitik zurückgingen. Die Nationalsozialisten formten ihn – zwanzig Monate nach der Proklamation des „Totalen Krieges“ und neun Monate nach der fehlgeschlagenen Mobilisierung der letzten weiblichen Arbeitskräfte – zum Disziplinierungsinstrument um: konnten sich Frauen doch nun nicht mehr mit dem Verweis auf ihre häuslichen Pflichten den kriegswirtschaftlichen Anforderungen an ihre Arbeitskraft entziehen.

Insofern war der Hausarbeitstag ein problematisches frauenpolitisches Erbe des Nationalsozialismus, das angesichts der Zeiterfordernisse für die Überlebensarbeit in den Nachkriegsjahren in allen Zonen neu diskutiert wurde. Die KPD traf mit dem Gesetzesantrag so sehr den Nerv der Zeit, dass sich öffentlich geäußerte Kritik am Hausarbeitstag von selbst verbot – und hatte damit in einem mehrheitlich aus Frauen bestehenden Staatsvolk die Wählerinnen fest im Blick. Ihre Argumentationen wurden überlagert von der zunehmenden deutschlandpolitischen Konfrontation. Sie fand aber auch Unterstützung in Behörden und Arbeitsverwaltungen, die mit „Volksgesundheit“ und rassebiologischen Argumenten den Hausarbeitstag befürworteten. Helene Wessel begleitete den Vorstoß ihrer Landtagskollegin Melzer hingegen mit soliden volkswirtschaftlichen Argumenten. Am 27. Juli 1948 passierte das „Gesetz über Freizeitgewährung für Frauen mit eigenem Hausstand“ den nordrhein-westfälischen Landtag und trat 1949 in Kraft.

Am 28. Februar 1949 formulierte Hanna Melzer im Landtag den Antrag, eine Unterschriftensammlung gegen den Einsatz von Atombomben zu fordern. Sie schlug folgenden Gesetzestext vor: „Der Landtag von Nordrhein-Westfalen begrüßt die Sammlung von Unterschriften aller Frauen, welche die Vernichtung vorhandener und das Verbot der Herstellung neuer Atombomben, ferner die Einsetzung einer internationalen Kontrollkommission zur Überwachung und Durchführung dieses Verbots fordern.“ *Sie erläuterte diesen Antrag in der Landtagssitzung vom 13. April 1949 u.a. mit den Worten: Die Militärstrategen diskutieren die Frage, ob die Atomwaffe kriegsentscheidend sei oder nicht. Aber eines ist sicher: Die Atomwaffe ist die furchtbarste Angriffswaffe.* Wegen dieses Engagements gegen die Re-Militarisierung hatte sich Hanna Melzer 1952 erneut einem Gerichtsverfahren zu stellen. Sie wurde beschuldigt,

Flugblätter mit der Überschrift „Alliierter Plan für Wehrmacht fertig“ gedruckt zu haben, in denen zur Durchführung einer Volksbefragung aufgerufen wurde. 1953 entzog sie sich einem erneuten Haftbefehl, bevor sie 1956 in die DDR übersiedelte. 1956 erfolgte das Verbot der KPD.

In der Nacht vom 2. auf den 3. Oktober 1960 starb Hanna Melzer. Ihre Schwester Klara versuchte vor dem Regierungspräsidenten in Düsseldorf, Entschädigungsansprüche geltend zu machen. Der Antrag wurde jedoch komplett abgewiesen. Zur Begründung hieß es, Johanna Melzer habe versucht,„durch strafbare Handlungen die verfassungsmäßige Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland zu beseitigen.“ Belege für diese Verfassungswidrigkeit führte das Regierungspräsidium nicht an, stattdessen hieß es:„Durch die Flucht ist bewiesen, dass sich die Erblasserin auch noch nach dem Verbot der KPD für diese Partei betätigt und ihren Kampf in der sowjetisch besetzen Zone gegen die demokratische Grundordnung in der Bundesrepublik fortgesetzt hat.“

Dr. Maria Perrefort / Gustav-Lübcke-Museum Hamm

Perrefort, Maria, Johanna Melzer, Version 1.0,
in: frauen/ruhr/geschichte, 10. 06. 2010
https://www.frauenruhrgeschichte.de/frg_biografie/johanna-melzer/